

☐ Motion☒ **Postulat**☐ Interpellation☐ schriftlich☐ mündlichEingereicht von: **Martin Boesch, SP**Titel: **eGovernment - wie weiter?**

Text: eGovernment hat Hochkonjunktur: Auf Ebene Bund und Kanton SG laufen seit einiger Zeit verschiedene Aktivitäten und Projekte zur Förderung des IT-Einsatzes in allen Bereichen der Staatsaufgaben. Der Bundesrat hat nun soeben eine entsprechende "eGovernment-Strategie" verabschiedet (EFD 24.1.07), und im Kanton St. Gallen liegt eine Vorlage "eGovernment" in der parlamentarischen Beratung (RR 40.06.03). Beide Vorhaben betonen die grosse Bedeutung der kommunalen Ebene, weshalb die Gemeinden in diese Prozesse voll zu integrieren seien. Dementsprechend besteht in SG auch eine solche Absichtserklärung von Kanton und Gemeinden. Unabhängig davon haben viele Städte und Gemeinden im In- und Ausland in den letzten Jahren auf diesem Gebiet aus eigener Initiative vieles unternommen.

Auch die Stadt St. Gallen ist auf diesem Gebiet aktiv geworden, wenn auch bisher eher zurückhaltend. Noch im Jahre 2001 ist die Schaffung einer IT-Planstelle vom Parlament als überflüssig abgelehnt worden. Der Handlungsbedarf ist damit angewachsen, die Anforderungen sowohl von der "Kundschaft" (d.h. von den BewohnerInnen der Stadt) wie auch von Seiten Kanton/Bund bzw. andern Gemeinden steigen rasch an. Es stellt sich damit die Frage, wie der Stadtrat dieser komplexen Herausforderung gerecht werden will. Unter anderem (aber sicher nicht abschliessend) geht es um die folgenden Handlungsfelder:

- Optimierung der verwaltungsinternen Prozesse und Abläufe;
- Zusammenarbeit von Exekutive/Verwaltung und Parlament;
- Ausbau der IT-Angebote an die städtische Bevölkerung (inkl. eVoting) (G2C)
- Zusammenarbeit horizontal und vertikal mit andern Verwaltungsstellen (G2G);
- Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen (G2B);
- Öffentlichkeitsarbeit und Standortmarketing.

Neben technischen, organisatorischen und finanziellen Fragen geht es aber auch um soziale Aspekte: Wie will der Stadtrat der Tatsache Rechnung tragen, dass EinwohnerInnen durch diese Entwicklung benachteiligt werden könnten, weil sie nicht über die entsprechenden Möglichkeiten verfügen?

Schliesslich könnten attraktive IT-Applikationen die Stadt auch als Innovationszentrum und Modellgemeinde in der Bodensee-Region auszeichnen

Der Stadtrat wird deshalb eingeladen, dem Parlament Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die eGovernment-Entwicklung bewerkstelligen will.

Datum: 13. Februar 2007

Unterschrift:

